

## Müller redet Klartext

In der Sonntags-Ausgabe der Berliner Morgenpost holt der Regierende Bürgermeister Michael Müller (SPD) zu einem Befreiungsschlag aus und redet Klartext. Er stellte sich den Fragen von Andreas Abel und Christine Richter. Nachzulesen ist das Interview in der heutigen Druckausgabe der Berliner Morgenpost und im Internet unter

<http://www.morgenpost.de/berlin/article207359503/Michael-Mueller-Viele-wollen-meinen-Job-haben.html>

Die Morgenpost arbeitet die Aufreger-Themen der letzten Tage chronologisch ab.

Einleitend antwortet Müller auf die Frage, was bei ihm im Rathaus los sei: „Wir lösen Probleme, wo andere versagt haben. Das ist meine Aufgabe als Regierender Bürgermeister.“

### Diwell/McKinsey

Frage Morgenpost: „Haben Sie sich dafür eingesetzt, dass er (Lutz Diwell) den Beratervertrag bekommt?“ Müller: „Nein, habe ich nicht.“ Müller staunt darüber, „dass anscheinend Einige in Politik und Boulevard verblüfft sind, dass ich das tue, was ich sage.“ Er habe schlicht das umgesetzt, was er in seiner Regierungserklärung im November letzten Jahres angekündigt habe, nämlich sich darum zu kümmern, die Dinge in der Sozialverwaltung und am LaGeSo in Ordnung zu bringen. Dazu gehöre auch die Unterstützung von Menschen mit politischer und Verwaltungserfahrung.

In seinem Sommerurlaub habe Müller zum Beispiel mit dem ehemaligen Grünen Bundestagsabgeordneten und kurzzeitigen Berliner Justizsenator Wolfgang Wieland telefoniert. Müller wollte ihn als Koordinator für Flüchtlingsfragen gewinnen. Aus Zeitgründen stand Wieland nicht zur Verfügung, empfahl aber Müller, Dieter Glietsch und Lutz Diwell anzusprechen. Wie wir heute wissen, stand auch Lutz Diwell aus Zeitgründen für einen Fulltime-Job nicht zur Verfügung. Letztlich hat der ehemalige Polizeipräsident die Aufgabe übernommen.

Die Morgenpost-Redakteure wollen wissen, was Diwell für die Senatskanzlei getan hat. Gemeinsam mit anderen Experten, zu denen auch der frühere Innensenator Ehrhart Körting gehörte, „hat er juristisch aufgearbeitet, welche Wege man in der Verwaltung gehen muss, um bestimmte Probleme sehr

schnell und sehr sachgerecht lösen zu können. Er hat Expertisen geliefert, was rechtlich geht und was nicht“, sagt Müller. Auf die Frage, ob der Chef der Senatskanzlei Björn Böhning Lutz Diwell bei McKinsey eingesetzt habe, antwortet Müller: „Nein. Warum sollte das überhaupt jemand tun?“ Als abenteuerlich bezeichnet es Müller, dass ein früherer Bundes-Justiz-Staatssekretär die Senatskanzlei als Türöffner benötige.

Zu der Frage, warum McKinsey überhaupt beauftragt wurde, am Masterplan Integration und Sicherheit mitzuarbeiten, sagt Müller: „Bei dem Masterplan ging es darum, sich sehr schnell einen Gesamtüberblick zu verschaffen, über das, was uns im Land Berlin, aber gerade auch an der Schnittstelle der Flüchtlingspolitik des Bundes und Europas in Berlin erwartet.“ Berlin sei dem Vorbild der Bundesregierung gefolgt und habe auf McKinsey zurückgegriffen. Für Müller ist der Plan „ein gutes, alle Bereiche umfassendes und übrigens im Bundesgebiet so einzigartiges Konzept geworden.“ Externe Berater in Anspruch zu nehmen, schade nicht grundsätzlich, so Müller im Morgenpost-Interview. Es sei ein Ausweis für Offenheit und Qualität. „Und: Manche, die das jetzt kritisieren, haben genau dies vorher noch gefordert.“

Selbstkritisch sagt Michael Müller, dass „wir uns das eine oder andere Mal in den Hintern gebissen und uns gefragt haben, warum wir manches nicht früher oder ausführlicher erklärt haben.“ Müller begründet das mit der Krisensituation die herrsche und das LaGeSo bundesweit als „Amt der Schande“ bezeichnet wurde. In dieser Situation konnte er als Regierender Bürgermeister nicht länger zusehen, weil „die Sozialverwaltung das offensichtlich nicht aus eigener Kraft regeln kann.“

### Medienanwalt Christian Schertz

Ein Kritikpunkt lautet, einen Anwalt nicht von Fall zu Fall, sondern dauerhaft zu beschäftigen. Müller verweist darauf, dass die Fall-zu-Fall-Regelung ein sehr teures Verfahren ist. Außerdem müsse nicht er sich als Person, „sondern der Regierende Bürgermeister und die Senatskanzlei als Institutionen im Laufe einer Legislaturperiode immer wieder zu medienrechtlichen Fragen äußern, auch um Schaden vom Land Berlin abzuwenden.“ Müller betonte, dass die mit Schertz abgeschlossene Pauschale kostengünstiger und vorteilhafter sei. „Auch das kann man kritisieren, im Sinne des Steuerzahlers ist es aber die bessere Lösung.“

## Arvato

Der nächste Medien-Aufreger ist Arvato, ein Unternehmen, in dem der ehemalige Bundesfinanz-Staatssekretär (2002-2006) und SPD-Mitglied Volker Halsch Manager ist. Wikipedia: Das Unternehmen von Halsch ist „ein international tätiger Outsourcing-Dienstleister und eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der Bertelsmann SE & Co. KGaA und zählt mit mehr als 70.000 Mitarbeitern in über 40 Ländern nach eigenen Angaben zu den führenden internationalen Dienstleistern. Seinen Sitz hat das Unternehmen in der nordrhein-westfälischen Kreisstadt Gütersloh.“ Am LaGeSo hat Arvato die Akten digitalisiert.

Müller fragt, ob er tatenlos mit ansehen sollte, dass täglich 1.000 Leute vor dem LaGeSo stehen und die Mitarbeiter erst einmal die Akten suchen müssen? Er habe sich dafür eingesetzt, mit mehreren externen Dienstleistern die Probleme zu lösen. Die konkreten Absprachen erfolgten mit der zuständigen Senatsverwaltung. „Wir haben nicht nur mit einem Unternehmen gesprochen, und inzwischen arbeiten am Lageso auch Mitarbeiter der AOK Nord Ost, der Deutschen Rentenversicherung oder von Manpower“, so Müller im Morgenpost-Interview.

## Der Koalitionspartner CDU

„Die CDU, also Ihr Koalitionspartner, sagt, es gehe um die Glaubwürdigkeit des Regierenden Bürgermeisters. Müssen Sie sich nicht stärker von SPD-Politikern abgrenzen, um den bösen Schein zu verhindern?“, fragt die Morgenpost. Solle das bedeuten, fragt Müller zurück, „Dass Menschen, die sich demokratisch zum Beispiel in der SPD engagieren und vor vielen Jahren einmal politisch aktiv waren, keine Aufträge mehr bekommen, sich nicht mehr in der Wirtschaft bewegen können und auch keine Unterstützung mehr leisten können?“ Müller fragt weiter, was das auch für die CDU bedeuten würde, zum Beispiel für das „Engagement ihres ehemaligen Wirtschaftssenators Wolfgang Branoner und seiner Beratungsfirma SNPC?“ Es dürfe keinen Generalverdacht gegen Menschen geben, die in demokratischen Parteien aktiv sind. Deren Beratung und Unterstützung solle man nicht ausschließen.

Auf die Frage, ob sich Michael Müller über die CDU ärgere, antwortete er, dass ärgern der falsche Ausdruck sei. Müller wirft der CDU vor, anstatt „in einer akuten Krisensituation die eigene Verantwortung in

der Sozial- oder auch Innenverwaltung wahrzunehmen,...hinterher ‚Haltet den Dieb‘ zu rufen.“ „Ob das von der CDU aufrichtig ist, kann jeder selbst beurteilen.“

Müller habe, meinen die Interviewer, der CDU einiges zugemutet, weil er Innensenator Frank Henkel und Sozialsenator Mario Czaja kritisierte. „Ich teile aus und kann auch einstecken. Aber hier gibt es durch die Filz- und Korruptionsvorwürfe eine andere Qualität. Ich finde es erschreckend, dass der CDU-Bürgermeister Henkel oder auch Sozialsenator Czaja nicht einschreiten, wenn engste politische Vertraute die Institutionen Senatskanzlei, Regierender Bürgermeister und das Rote Rathaus durch diese Debatte versuchen zu beschädigen.“

Ob er mit diesem Vorwurf nicht übertreibe, will die Morgenpost wissen. „Nein. Die CDU bezeichnet den Sitz der demokratisch gewählten Regierung Berlins als Filzhaus. Geht's noch? Das Haus, in dem ihre Spitzenpolitiker selbst Büros haben und täglich ein- und ausgehen.“ Wie die Oppositionsparteien habe auch die CDU das Recht, Informationen und Aufklärung zu fordern, sagt Müller. In den Senatssitzungen gab es aber offenbar keine Fragen der CDU. Als Regierungspartei sollte die CDU jedoch nicht zulassen, „dass demokratisch legitimierte Institutionen ohne Grund als verfilzt oder als korrupt diffamiert werden.“

Am 6. April stellt die CDU ihre Kampagne zur Abgeordnetenhauswahl vor und zwei Tage später wird Frank Henkel zum Spitzenkandidaten in Anwesenheit von Angela Merkel gekürt. Henkel hat erklärt, Regierender Bürgermeister werden zu wollen. Dazu Michael Müller im Morgenpost-Interview: „Viele wollen meinen Job. Und in die Reihe der vielen wird sich Frank Henkel dann auch einreihen.“ Als Innensenator habe Müller volles Vertrauen in Henkel, „dass er die kommenden Herausforderungen, etwa einen friedlichen 1. Mai, meistern wird und die Kriminalität in den Griff bekommt.“

Eine Fortsetzung der Großen Koalition hält Müller theoretisch für möglich. Müller geht davon aus, dass es nach der Wahl mehrere Konstellationen geben wird.

Man könne gemeinsam dagegen kämpfen, dass die AfD stark wird, sagt Müller am Schluss des Interviews. Die Umfragen zeigten, dass dieses Ziel erreichbar ist.